

Schweizer Atomkraft am Nil?

Autor(en): **Schmid, Hanspeter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): **4 (1985)**

Heft 4: **Macht und Macher**

PDF erstellt am: **01.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586759>

Nutzungsbedingungen

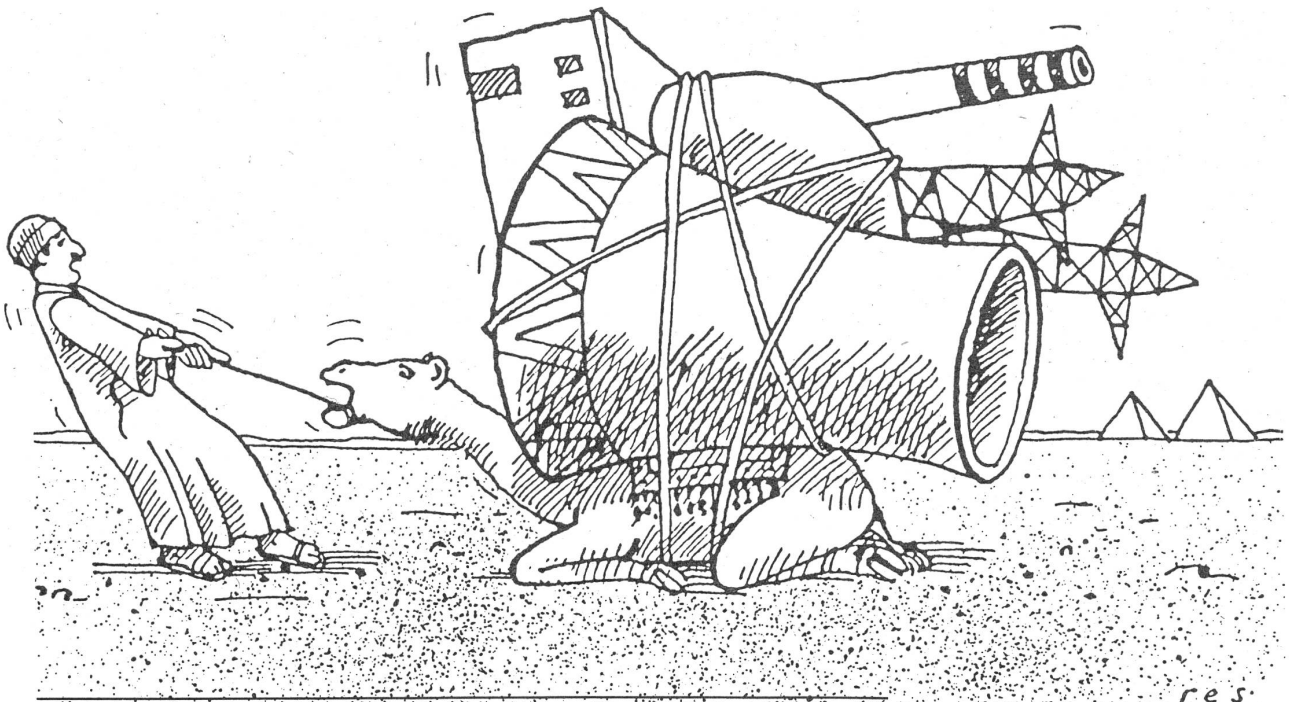
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Schweizer Atomkraft am Nil?

Die internationale Nuklearindustrie steckt in der Krise. Nach Ansicht des KWU-Vertreters Adolf J. Hüttl dürfte die Vergabe von höchstens 25 Anlagen bis ins Jahr 2000 realistisch sein. Weil in den Industrieländern der AKW-Boom bereits gestoppt ist, konzentrieren sich die Anstrengungen auf den *Export in die Dritte Welt*. Schon jetzt wird unter den grossen internationalen Konkurrenten um die «exotischen» Absatzmärkte gerungen. «In dieser Situation» – schreibt Hüttl – «ist jeder Exportauftrag heiss umkämpft, da er einen wichtigen Beitrag liefert, um die Anpassungen an die Zukunft zu erleichtern bzw. mehr hochqualifiziertes Personal zu halten.» Gegenwärtig steht *Ägypten* im Zentrum des Interesses der Nuklearindustrie.

Die ägyptische Regierung plant eine atomare Zukunft des Landes. In diesen Wochen oder Monaten soll der Entscheid über den Bau des ersten Atomkraftwerkes in *El Dabaa* fallen. Die amerikanische Westinghouse, zusammen mit BBC Baden und Mitsubishi, die deutsche KWU, das französisch-italienische Konsortium Framatome stehen in den Startlöchern. Die harte Konkurrenz unter den Anbietern bleibt nicht ohne Folgen: «Aus unserer Sicht ist es unvermeidlich, dass Ägypten – für welchen Anbieter es sich auch immer entscheidet – einen *sicherheitstechnisch abgemagerten Reaktor* einkaufen wird, da es wegen dem enormen Preisdruck keinem Hersteller möglich ist, ohne wesentliche Abstriche an der im jeweiligen Inland heute üblichen Sicherheitstechnik ein preislich konkurrenzfähiges Modell anzubieten», schreibt der Physiker Lothar Hahn vom Öko-Institut

Freiburg. Auf 20 Seiten listet er eine Unmenge von sicherheitstechnischen Mängeln des von der KWU offerierten Reaktors auf. Er «wäre in der BRD nicht genehmigungsfähig» – so sein unmissverständlicher Schluss.

Der Kampf um die Finanzierung

«Exportgeschäfte – insbesondere mit Schwellen- und Entwicklungsländern – sind in aller Regel nur noch möglich, wenn auch gleichzeitig eine komplette und möglichst vorteilhafte Finanzierung mit angeboten wird», hält der bereits zitierte Hüttl fest. Die Gründe liegen auf der Hand: Der Kauf eines AKWs bedingt Milliardeninvestitionen, und die Zeitspanne, bis das Werk einmal gewinnbringend arbeitet, ist enorm gross. Es kann daher nur mit *Auslandkrediten* bezahlt werden, am besten gleich zu 100%. Doch die Banken gestehen den bereits bis zum Hals verschuldeten Drittweltländern nur neue Kredite zu, wenn ihnen «jemand» das Risiko abnimmt. Dieser «jemand» heisst *staatliche Exportrisikogarantie* – in der Schweiz die ERG, in Deutschland die Hermes und in den USA die Eximbank. «Es ist... festzuhalten, dass ohne Hermesdeckung der Export von Kernkraftwerken oder wesentlicher Pakete für solche Anlagen praktisch unmöglich ist», schreibt Hüttl. Wie die Konzerne, so liegen ihre «Mutterstaaten» untereinander in Konkurrenz. Sie überbieten sich gegenseitig mit Garantieleistungen. Das letzte Wort sprach bis jetzt die deutsche

Für die Zukunft setzt die ägyptische Regierung auf Atomstrom. In der harten Konkurrenz um Aufträge ist auch die schweizerische Industrie dabei. Soll in diesem zweifelhaften Geschäft der Bund Schützenhilfe leisten? Der Nationalrat muss es entscheiden.

Hermes: Sie sagte eine Garantie bis zu 2 Milliarden Mark für das AKW El Dabaa zu.

Die Schweiz feilscht mit

Laut Angaben der BBC hat die Exportrisikogarantie-(ERG)-Kommission zwei Gesuche um Risikoabdeckung abgelehnt. Letztlich muss allerdings der Bundesrat entscheiden. Im Falle der ERG für das türkische Mammutkraftwerk Atatürk in der Grössenordnung von einer halben Milliarde Franken hat dieser bewiesen, dass er sich nicht an die Empfehlungen der ERG-Kommission zu halten braucht. (vgl. E + U 2/85, «Schweizer Gigantismus in der Dritten Welt»).

Die Chancen der BBC, die konventionellen Maschinenteile für das AKW El Dabaa zu liefern, liegen gut. Und der Bundesrat leistet Schützenhilfe: Bereits vor einem Jahr hat er den «Zusammenarbeitsvertrag» zwischen der Schweiz und Ägypten im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie unterzeichnet. Über die Hintergründe nimmt der Bundesrat kein Blatt vor den Mund: Unseren Exportinteressen kommt der Vertrag insofern entgegen, dass er «un-

serer Industrie die gleichen Zugangschancen zum umfangreichen ägyptischen Nuklearprogramm verschafft, wie sie ihre Konkurrenz aus Staaten hat, welche mit Ägypten bereits ein nukleares Kooperationsabkommen abgeschlossen haben». Der Nationalrat kann diesen Vertrag noch gutheissen oder verwerfen. Mit letzterem wäre er gut beraten. Das ägyptische AKW-Programm würde nicht nur die ERG in unverantwortliche Finanzierungsabenteuer stürzen, vor allem ist es auch den Bedürfnissen des Landes völlig fehl angepasst.

Der atomare Unsinn

«In einer Faktibilitätsstudie wird in Beurteilung der relevanten Fakten dargelegt, dass das Kernkraftwerk am vorgesehenen Standort technisch machbar und energiewirtschaftlich sinnvoll ist», schreibt die Motor Columbus Ingenieur AG über das AKW El Dabaa. MC wurde 1982 zur Hauptberaterin der ägyptischen Regierung ernannt.

Dem Berufsoptimismus der Motor Columbus stehen allerdings die harten Fakten gegenüber. Abgesehen von den Problemen, die den Bau von Atomkraftwerken auch in unseren Breitengraden unakzeptabel machen, existieren in Ägypten Voraussetzungen, welche ein *totales Fiasko vorausprogrammieren*:

Die Verschuldung:

Bereits heute türmt sich der Schuldenberg in astronomische Höhen. Mehr als ein Drittel aller Einnahmen aus dem Export müssen für den Schuldendienst aufgewendet werden. Neue Einnahmen sind nicht in Sicht. Die für den AKW-Bau notwendigen Milliardenkredite würden Ägypten noch tiefer in den Sumpf der Zinsknechtschaft führen.

Zweifelhafte Wachstumsprognosen:

Die ägyptischen Bedarfsrechnungen für das Jahr 2000 basieren auf dem gegenwärtigen Energiekonsum. Die heutige Energieverschleuderung ist jedoch weltrekordträchtig. Die Energiepreise liegen rund fünfmal tiefer als bspw. in den USA. Statt der Verschwendung neue Schleusen zu öffnen, wäre Ägypten besser beraten, die bisherige Energiepolitik zu überdenken – so empfiehlt es jedenfalls die Weltbank.

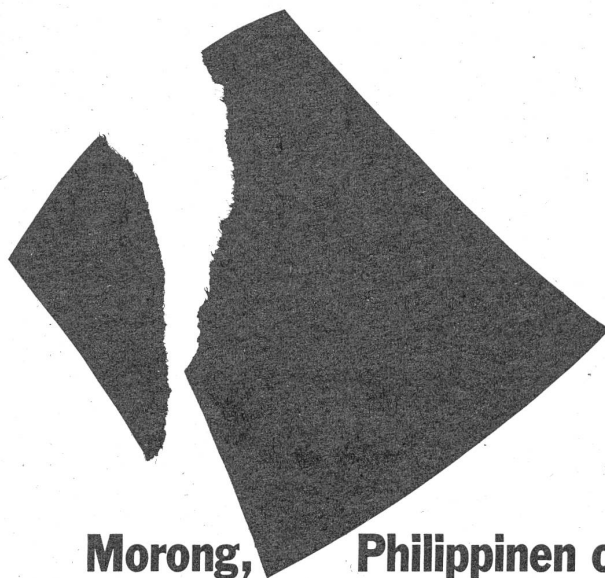
Desolates Entwicklungsmodell:

Ägypten besitzt ein Millionenheer von landlosen und verelendeten Menschen. Die Hütten verfügen weder über einen elektrischen Anschluss, noch besitzen ihre Bewohner elektrische Konsumartikel. Und die Fabriken, in denen einst der Atomstrom die Maschinen antreiben soll, nehmen die Arbeitslosenheere nicht auf und rationalisieren erst noch die wenigen Arbeitsplätze weg.

Atomstrom hält die bonzige Tourismusindustrie und die modernsten Sektoren einer auf Export getrimmten Industrie auf Trab. Und auch dies mit zweifelhaften Resultaten: Die erwirtschafteten Devisen werden vom Schuldendienst aufgefrassen, kaum dass sie verdient worden sind.

Der Nationalrat hat es in der Hand, der Schweiz (und der ERG) ein Fiasko zu ersparen und in Ägypten die Spirale von Fehlentwicklung und Armut zu bremsen: Der Atomzusammenarbeitsvertrag mit Ägypten darf nicht ratifiziert werden. ◆

Hanspeter Schmid Erklärung von Bern



Morong, Philippinen oder: Atomstrom um jeden Preis.

Die teuerste Atomruine der Welt:

Seit zehn Monaten steht das erste und bis anhin einzige AKW der Philippinen betriebsbereit, aber vorläufig drückt noch niemand auf den Startknopf: Der anhaltende Widerstand der Bevölkerung, die ehrgeizigen Atompläne der Regierung nicht akzeptiert, hat die Inbetriebnahme bis heute verunmöglicht. Der umstrittene Bau war nur mit Import von Atomtechnologie möglich geworden. Zu den Anbietern gehörte auch die Schweiz. Stefan Hartmann berichtet darüber.

Der Vertrag über die Lieferung eines 620-Megawatt-Leichtwasserreaktors wurde im Februar 1976 in Genf zwischen der *Westinghouse Electric SA*, einer Filiale des amerikanischen Elektrokonzerns, und der philippinischen Energiebehörde abgeschlossen. In den USA war der Vertragsabschluss problematisch geworden, nachdem die US-Atomkontrollbehörde NRC Sicherheitsbedenken geäußert hatte: Das KKW Morong sollte nämlich in einer Erdbeben- und Vulkanzone gebaut werden, die keine 70 Kilometer von den US-Basen *Subic* und *Clark* entfernt liegt. Dort leben rund 30000 Amerikaner.

Vor dem Hintergrund des sich bereits Anfang der 70er Jahre abzeichnenden Konkurrenzkampfes in der westlichen Atomindustrie um Absatzmärkte in der Dritten Welt lief Westinghouse in dieser Situation Gefahr, dass ihr in Sachen KKW Morong die Felle davonschwammen. Die Konzernleitung von Westinghouse entschloss sich daher, das Geschäft über die Genfer Tochterfirma (*Westinghouse Electric SA*) nach schweizerischem Recht abzuwickeln.

Normaler Vertragsabschluss

Allerdings gibt es nun Befürchtungen, dass 1976 auch schweizerische Gesetzesbestimmungen verletzt wurden. SP-Nationalrat *Victor Ruffy* (VD) wollte dies in der Herbstsession 1985 vom Bundesrat genauer wis-